

Die Geburt einer unideologischen Klima-Bewegung

Welt, 15.07.2024, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus252490328/Energiewende-Die-Geburt-einer-unideologischen-Klima-Bewegung.html>

Deutsche Energiepolitik kannte als Nutznießer lange nur die eigene Lobby. Die eine Kampagnenfähigkeit und Gut-Böse-Rhetorik – nicht aber die Überzeugung, Wohlstandssicherung und eine Lösung des Klimaproblems zusammen zu denken. Jetzt sind die Pragmatiker am Zug. Zum Glück.

Seit 32 Jahren treffen sich die Staaten der Erde zu Klimakonferenzen. Sie gaben viele Billionen Euro für die Transformation der Energieversorgung aus, eine florierende Lobby mahnt in immer schrilleren Tönen vor Folgen der globalen Erwärmung – und was ist das Ergebnis? Die globalen CO₂-Emissionen steigen, ohne dass sich ein Einfluss all der Anstrengungen erkennen lässt. Doch statt die bisherige Strategie infrage zu stellen, wird sie verschärft, denn es gibt Profiteure: Eine Lobby, welche die wirkungslose Energiepolitik eigennützig forciert.

Die alte Klimabewegung kann sich zugutehalten, das Menschheitsthema Klimawandel vorangebracht zu haben, aber zwei Eigenarten machen sie zu einem Auslaufmodell: Die Bewegung, traditionell eng verwoben mit der Windkraft- und Solar-Branche, fokussiert auf ein allzu enges Spektrum an Lösungen für das Klimaproblem, das sich als dysfunktional erwiesen hat.

Zum anderen lebt die Bewegung von Gut-Böse-Rhetorik. Erst die Markierung von Feinden schafft Geschlossenheit und Kampagnenbegeisterung; je martialischer die Rhetorik, desto höher der Status im Klima-Milieu. Wer Brücken bauen will, wird aus der Klimabewegung verbannt.

Für Alliierte aber bietet sie ideales Karrieremilieu in Universitäten, Denkfabriken, Medien oder Energiewirtschaft. Die Bewegung – ein loser Verbund Abertausender, zusammengehalten durch beschworene Feindbilder – dominiert nicht nur selbsternannte „Faktenchecker“-Medien und das Internet-Lexikon Wikipedia, sondern entwickelt mit der schieren Zahl ihre Teilnehmer einschüchternde Macht.

Kaum noch jemand traut sich in den öffentlichen Disput, denn die Markierung als vermeintlicher „Klimaleugner“ kann Karrieren beenden: Die Aktivisten deuten Kritiker ihrer Lösungen des Klimaproblems als Leugner des Problems um, was erstaunlich effektiv funktioniert.

Subventionsgelder strömten großzügig

Lange schwamm die Bewegung auf einer Welle der Begeisterung; Medien applaudierten dem geplanten Umbau Deutschlands zum Industrieland mit Windkraft und Solarenergie. Dass Energie-Forscher und Ökonomen, die das Klimaproblem ernst nahmen, von Beginn an grundsätzliche Bedenken angemeldet hatten am Konzept der deutschen Energiewende, konnte übergangen werden, weil stets auch Vertreter aus der Wissenschaft bereitstanden, den deutschen Sonderweg zu rechtfertigen; Subventionsgelder strömten großzügig auch in die Forschungslandschaft.

Doch nun steigen die Strompreise rekordverdächtig, und eine Wirtschaftskrise hat begonnen. Angesichts von Budgetproblemen für Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Migration und Soziales finden Prognosen wie die von McKinsey, die deutsche Energiewende würde sechs Billionen Euro kosten, plötzlich Beachtung. Und hinsichtlich ungelöster Probleme der Energiewende wie unreifer Pläne für Speicher und Stromtrassen oder den unausgegorenen Träumen einer Wasserstoff-Wirtschaft erscheint die Verhöhnung von „Technologieoffenheit“ durch die alte Klimabewegung mit ihrem Fokus auf Wind und Sonne nun umso bornierter.

Die Szene ist in Aufruhr. Junge Leute formieren eine neue Klimabewegung, die den grünen Aktivisten Konkurrenz macht, indem sie eine breitere Palette technologischer Lösungen für das Klimaproblem unterstützt, auch Kernkraft. Erste Diffamierungsattacken der mächtigen grünen Konkurrenz hat sie überstanden. Zudem schicken sich Bürgerliche an, die von links vereinnahmte Klimabewegung herauszufordern mit marktwirtschaftlichen Strategien zur Eindämmung der Erwärmung.

Kern bildet der Emissionshandel, also der Handel mit CO₂-Zertifikaten, die zum Ausstoß des Treibhausgases berechtigen. An dessen Anfang steht ein gravierender staatlicher Eingriff: die Festlegung einer stetig absinkenden Grenze für CO₂-Emissionen in Europa. Danach hat der Staat aber nichts mehr zu tun: Firmen, die CO₂-Emissionen günstig vermeiden können, verkaufen Zertifikate an jene, für die CO₂-Vermeidung kostspielig ist – so sorgt der Handel für eine kosteneffiziente Energiewende. Ein Teil der europäischen Wirtschaft steht bereits unter dem Schirm des Emissionshandels, und die CO₂-Emissionen gehen in dem Bereich planmäßig zurück.

Der Handel sollte auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet werden, empfiehlt Ökonomie-Professor Joachim Weimann von der neuen bürgerlichen Denkfabrik „Republik21“. Verbraucher und Unternehmen würden allmählich steigende Kosten spüren, sodass sie sich CO₂-armen Technologien zuwenden dürften. Das Vorgehen wird seit Jahrzehnten von Ökonomen empfohlen, aber weil sich der Zertifikate-Handel politisch nicht ausnutzen lässt, hat die alte Klimabewegung die Option bekämpft – mit Erfolg.

Als marktwirtschaftliches Instrument ist der Emissionshandel nicht wohlgefallen, denn er würde die Klima-Lobby überflüssig machen: Die meisten Klimaschutz-Maßnahmen könnten eingestellt werden, etwa Gesetze und Vorschriften, Abgaben und Steuern, Forderungen nach Verzicht und Einschränkungen, und auch für die Klimakatastrophen-Einpeitscher gäbe es keinen Bedarf mehr – gigantisch hohe Summen würden frei für andere Vorhaben.

Ökonom William Nordhaus, für seine Klimaschutz-Rechnungen mit dem Wirtschafts-Nobelpreis ausgezeichnet, fordert seit langem, große Staaten sollten mit dem Emissionshandel in einem „Klimaklub“ den Anfang machen, der an seinen Außengrenzen CO₂-Abgaben verlangte, was die Aufnahme in den Klub für weitere Länder attraktiv machen könnte.

Sonderweg taugt nicht zum Vorbild

Doch selbst der Nobelpreisträger sieht sich Verunglimpfungen der alten Klimabewegung ausgesetzt, denn Nordhaus betont den Unsinn nationaler Sonderwege: Klimaschutz sei nur als globale Anstrengung wirksam. Deutschlands teurer Sonderweg taugt also nicht als Vorbild, im Gegenteil: Dem einhergehenden Verlust an Wohlstand steht kein direkter Gewinn gegenüber, denn Klimaschutzmaßnahmen einzelner Länder ändern das Klima nicht messbar.

Dafür schwindet mit dem Wohlstand aber der Einfluss, die globale Erwärmung zu bremsen: Nur eine wohlstandsfördernde Energiepolitik wird international Nachahmer finden. Die deutsche Klimapolitik kennt nur einen Nutznießer: die alte Klimabewegung samt angeschlossener Energielobby. Um den Klimawandel effektiv bremsen zu können, wäre es Zeit, sie in die Schranken zu weisen.